

Vermittlungsgutscheine bisher ein Flop

Die Vermittlungsgutscheine, mit denen Arbeitslose seit 2002 eine erfolgreiche private Arbeitsvermittlung bezahlen können, entwickeln sich offenbar zu einem Flop. Zwar hält das Forschungsinstitut der Bundesagentur für Arbeit eine abschließende Bewertung des Instruments für verfrüht, doch seine Zwischenbilanz* ist denkbar schlecht: kaum Vermittlungserfolge, viel Missbrauch.

1,4 Millionen Vermittlungsgutscheine händigten die Arbeitsämter von April 2002 bis Ende 2004 an Arbeitslose aus. Nur 102.580 davon sind bei Privatvermittlern eingelöst worden. Gäbe es nicht den Missbrauchsvorwurf, wäre das immerhin eine bescheidene Erfolgsquote von 7,3 Prozent. Jedem neunten Arbeitslosen mit Vermittlungsgutschein hätte der Gutschein demnach geholfen, eine neue Stelle zu finden. Tatsache ist jedoch, dass die Vermittler eine große Zahl der Gutscheine offenbar unrechtmäßig eingelöst haben, wie die Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) darlegt.

Private Jobvermittler lösten jeden fünften Gutschein bei regionalen Arbeitsämtern ein, obwohl nicht sie, sondern die Arbeitslosen selbst die Stelle gefunden hatten. Oft schickte der neue Arbeitgeber den Bewerber auch an einen privaten Arbeitsvermittler und schloss mit diesem einen Vermittlungsvertrag. Wie viele Arbeitslose die privaten Arbeitsvermittler

tatsächlich effektiv vermittelten, lässt sich zurzeit nur annähernd bestimmen. Das IAB schätzt, dass in einem von drei Fällen Missbrauch im Spiel gewesen sein könnte.

Die meisten erfolgreich Vermittelten würden dennoch wieder private Personalagenturen einschalten, wenn sie noch einmal arbeitslos würden. Die Hälfte von ihnen war übrigens nach sechs Monaten wieder arbeitslos.

Trotz des Missbrauchs ist es für eine abschließende Kosten-Nutzen-Analyse der Vermittlungsgutscheine noch zu früh, meint das IAB, weitere Untersuchungen müssten dies zeigen. Die stetig steigenden Quoten deuten laut IAB zudem an, dass ein arbeitspolitisches Instrument mehr Zeit braucht, sich zu entwickeln.

Seit Januar gelten zudem neue Regeln für den Gutschein. Der Bundestag hat die Testphase bis Ende 2006 verlängert. Jobsuchende können nun nach sechs Wochen – und nicht erst nach drei Monaten – einen Vermittlungsgutschein bekommen, alle in der gleichen Höhe von 2.000 Euro. Der private Vermittler muss für die Einlösung eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung seines Kunden nachweisen. Die erste Rate von 1.000 Euro wird ihm nach sechs Wochen, die zweite nach sechs Monaten Beschäftigungsdauer gezahlt. Bislang stieg der Wert der Gutscheine mit der Dauer der Arbeitslosigkeit. Beim Vermittler konnte so ein finanzielles Interesse an einer späten Vermittlung entstehen. ◀

* Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, IAB-Kurzbericht 5/2005
Download unter www.boecklerimpuls.de

Keine Zeit für die Gesundheit

Zeithetze, Verantwortungsdruck, Arbeitsverdichtung – nach Jahren des Personalabbaus empfinden die Beschäftigten im öffentlichen Dienst ihre Arbeit mittlerweile ebenso belastend wie ihre Kolleginnen und Kollegen in der Privatwirtschaft. 91 Prozent der vom WSI befragten Personalräte gaben an,* dass die psychische Arbeitsbelastung in den vergangenen Jahren zugenommen hat. Und zwar in allen Bereichen des öffentlichen Dienstes, ob in Verwaltungen, Schulen, Krankenhäusern oder bei der Polizei. Termin- und Zeitdruck nennen sie als das größte Problem, gefolgt von schlechtem Füh-

rungsverhalten. Getan wird dagegen kaum etwas. In einem Drittel der Betriebe werden die zunehmenden Arbeitsbelastungen zwar wahrgenommen, aber nicht thematisiert.

Gefährdungsbeurteilungen jedes einzelnen Arbeitsplatzes schreibt das Arbeitsschutzgesetz zwar vor, aber zwei von drei öffentlichen Betrieben lassen sie einfach aus. Chancen, die Arbeitsbedingungen so gut und gesundheitserhaltend wie möglich zu gestalten, bleiben ungenutzt. Viele Personalräte (70 Prozent) haben aus ihrer Sicht „Wichtiges“ zu tun, Stellenabbau und Organisationsumbau

Öffentlicher Dienst: Gefahr erkannt und nicht gebannt

Die Arbeitsbelastungen in den Betrieben des öffentlichen Dienstes sind in den vergangenen 5 Jahren gestiegen



Aber nur ein Drittel der betroffenen Betriebe tut etwas dagegen

Quelle: WSI-Personalrätebefragung 2004 | © Hans-Böckler-Stiftung 2005

halten sie auf Trab. Kostengründe der Arbeitgeber nennen sie als zweitwichtigsten Grund, warum im Arbeits- und Gesundheitsschutz kaum etwas passiert. 1991 arbeiteten 6,7 Millionen Menschen im öffentli-

chen Dienst, heute noch knapp 4,8 Millionen. Ursache: Privatisierungen und Einstellungsstopps.

* Quelle: WSI-Personalrätebefragung 2004, Sonderauswertung in WSI-Mitteilungen 6/2005